

Landkreis Ravensburg

den 02. Mai. 2017

Niederschrift

über die Sitzung des Verwaltungsausschusses
am 02.03.2017 im Landratsamt Außenstelle Weingarten, Sauterleutestr. 34, Weingarten,
Sitzungssaal Raum 009

Dauer 14:30 Uhr bis 18:05 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 20 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers,

stellvertr. Vorsitzende/r

Frau Eva-Maria Meschenmoser,

CDU

Herr Elmar Buemann,

Herr Rolf Engler,

Herr Karl Immler,

Herr Dieter Krattenmacher,

in Vertretung für KR Henle

Herr Axel Müller,

Herr Dr. Daniel Rapp,

Herr Volker Restle,

Herr Robert Stütze,

FWV

Herr Jochen Fischinger,

Herr Roland Haug,

in Vertretung für KR Schultes

Herr Rainer Magenreuter,

Herr Peter Smigoc,

in Vertretung für KR Spieß

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Dr. Margret Brehm,

Frau Liv Pfluger,

Herr Dr. Ulrich Walz,

SPD

Herr Rudolf Bindig,

Frau Gisela Müller,

in Vertretung für KR Marquart

FDP

Herr M. A. Daniel Gallasch,

Die Linke

Herr Wolfgang Nippe,

Protokollführer

Frau Eva Weeber,

von der Verwaltung

Herr Joachim Simon,

Dezernent Allgemeine Verwaltung, Kultur u.
Bürgerservice

Herr Franz Baur,

Dezernent Finanzen, Schulen u. Infrastruktur

Frau Diana E. Raedler,

Dezernentin Arbeit u. Soziales

Herr Walter Sieger,

Dezernent Kreisentwicklung, Wirtschaft u.
ländlicher Raum

Herr Gerd Hägele,

Dezernent Recht, Ordnung u. Land-wirtschaft

Herr Peter Brecht,

Amtsleiter Verkehrsamt

Gäste

Herr Gerhard Lang,

Herr Jürgen Löffler, BODO GmbH

zu TOP 4 und 5

Abwesend:

CDU

Herr Hans-Jörg Henle,

wird vertreten von KR Krattenmacher

FWV

Herr Bernhard Schultes,
Herr Oliver Spieß,

wird von KR Haug vertreten
wird vertreten von KR Smigoc

SPD

Herr Rainer Marquart,

wird von KRin Müller vertreten

ÖDP

Herr Siegfried Scharpf,

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung
2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Angelegenheiten der Finanzverwaltung

- 2.1 0006/2017
Freigabe der mit Sperrvermerk versehenen Personalstellen im Kreis-
haushalt 2017
3. 0182/2016
Annahme von Spenden

Angelegenheiten des Verkehrsamtes

4. 0009/2017
Beitritt des Landkreises Lindau zur Bodensee-Oberschwaben Verbundgesell-
schaft (bodo); Erhöhung des Stammkapitals

Mitteilungsvorlagen

5. 0008/2017
Sachstandsbericht ÖPNV/SPNV im Landkreis Ravensburg
6. 0013/2017
Flächen- und Standortkonzept Landratsamt in Ravensburg und Weingarten;
Status und weiteres Vorgehen
7. 0017/2017
Erweiterung Regionaler Kompensationspool Bodensee-Oberschwaben GmbH
8. 0002/2017
Haushaltsvollzug 2016 - Finanzbericht zum 31.12.2016

Anträge gem. § 29 I 4 LKrO

9. 0235/2016
Stellenplan und Personalhaushalt - Antrag der SPD-Fraktion v. 12.12.2016

10. 0234/2016
Virtuelles Kundenservicezentrum - Antrag der CDU und FDP v. 13.12.2016

11. 0231/2016
Jobticket für Mitarbeiter des Landratsamtes Ravensburg im bodo-Verkehrsverbund
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/die Grünen

12. 0230/2016
ZugNahverkehr in der Region Bodensee-Oberschwaben bis Ulm - Antrag der
Fraktion Die Grünen/Bündnis 90

Anfragen gem. § 29 I 4 LKrO

- 12.1 0026/2017
Anwendung des Landestariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge des Landkreises Ravensburg – Antrag der SPD-Fraktion vom 03.02.2017

13. Mitteilungen und Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

Angelegenheiten des Personalservices

14. 0015/2017
Beförderungen im Jahr 2017

Angelegenheiten der Finanzverwaltung

15. 0016/2017
Gebührensatzung des Landkreises Ravensburg
16. 0229/2016
Oberschwaben Tourismus GmbH (OTG) - Betrauung mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI)

Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP

17. 0004/2017
Verkauf Immobilie: Unterkünfte für Asylbewerber in Aitrach, Neue-Welt-Straße 103

Mitteilungsvorlagen

18. 0021/2017
Strategie Bürgerservice
19. Mitteilungen und Anfragen

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses wurden am 16.02.2017 zu dieser Sitzung eingeladen.

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und dass das Gremium beschlussfähig ist.

Öffentliche Sitzung

1 Änderung der Tagesordnung

Der Vorsitzende verweist auf die fristgerecht erfolgte Erweiterung der Tagesordnung – siehe Änderungsblatt zur Tagesordnung (Aufnahme von TOP 12.1 – Anfrage der SPD-Fraktion zur Anwendung des Landestariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge des Landkreises Ravensburg, Vorlage Nr. 0026/2017).

Hierzu werden keine Einwendungen vorgebracht.

Der Vorsitzende informiert, dass TOP 16 (Freigabe der mit Sperrvermerk versehenen Personalstellen im Kreishaushalt 2017, Vorlage Nr. 0006/2017) fälschlicherweise im nichtöffentlichen Teil der Tagesordnung vorgesehen wurde. Er bittet um Zustimmung, diese Angelegenheit als TOP 2.1 in den öffentlichen Teil zu verschieben.

KR Restle äußert Bedenken wegen der dann fehlenden öffentlichen Bekanntmachung.

Der Vorsitzende stellt das Gremium vor die Wahl:

- entweder wird die Angelegenheit auf die Tagesordnung der Kreistagssitzung am 16.03.2017 gesetzt (dann mit ordnungsgemäßer Bekanntmachung)
- oder der TOP wird (im Bewusstsein um die Unrichtigkeit bei der Bekanntmachung) heute behandelt.

Gegen die vorgeschlagene Änderung der heutigen Tagesordnung werden keine Einwendungen vorgebracht.

Von den Mitgliedern des Ausschusses werden keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung vorgebracht.

2 Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Zu den Protokollen der Sitzungen

- VWA 29.11.2016
- VWA 07.12.2016
- VWA 13.12.2016
- Gemeinsame Sitzung von VWA und KSA 13.12.2016

gibt es keine Änderungswünsche.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Angelegenheiten der Finanzverwaltung

2.1 0006/2017

Freigabe der mit Sperrvermerk versehenen Personalstellen im Kreishaushalt 2017

KRin Dr. Brehm bittet um getrennte Abstimmung über die Nr. 1 und 2 des Beschlussentwurfes.

Der Vorsitzende erläutert die beiden Beschlussentwürfe.

Daraufhin erklärt sich KRin Dr. Brehm mit einer Abstimmung über beide Beschlussteile einverstanden.

KR Engler wünscht bei der Heimaufsicht eine Darstellung der Problemfälle, bevor über eine Personalaufstockung gesprochen wird. Ihm wäre die Reaktion auf eine konkrete Störanfälligkeit wichtiger als eine pauschale Kontroll-Ausübung.

KR Bindig weiß von vielen Missständen, denen begegnet werden sollte. Mit der Personalmehrung könne eine deutlich bessere Erledigung des gesetzlichen Auftrags gewährleistet werden.

Herr Hägele unterscheidet zwischen den Kontrollen der Heimaufsicht und denen des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung (MDK). Die Heimaufsicht finde bei

jeder Kontrolle Beanstandungen.

KRin Pfluger hält regelmäßige Kontrollen auch für die Begleitung der Entwicklung eines Heimes für notwendig. Eine bessere Ausstattung der Heimaufsicht sei daher unerlässlich.

KR Engler ist von der hervorragenden Leistung der meisten Heime überzeugt. Diese sollten auch nicht einer ständigen Kontrolle unterzogen werden.

KR Restle spricht sich dagegen aus, im Gremium über einzelne Planstellen zu diskutieren. Seiner Meinung nach sollte die Verwaltung innerhalb des vorgegebenen Personalbudgets selbst jonglieren können.

Frau Meschenmoser führt an, dass es bei der Heimaufsicht nicht nur um Kontrollen gehe, sondern auch um die Entscheidung über gesetzliche Ausnahmetatbestände. Zudem stehe das Landratsamt dem Regierungspräsidium gegenüber in der Pflicht, die vorgegebenen Kontroll-Quoten besser zu erfüllen. Innerhalb der Verwaltung sei bereits umgeschichtet worden; weitere Umstrukturierungen seien nicht mehr möglich.

KR Restle schlägt vor, dass Herr Dr. Föll in der nächsten Sitzung des Verwaltungsausschusses die aktuelle Situation darstellt. Auf Nachfrage des Vorsitzenden stellt er den **Antrag zur Geschäftsordnung**, die Entscheidung über die 0,5 Stellen der Heimaufsicht zu vertagen und den gewünschten Bericht von Herrn Dr. Föll abzuwarten.

KR A. Müller regt an, aus dem gesamten Personalbestand eine Art Pool zu bilden, um für derartige Situationen gerüstet zu sein. Er bittet darum, für die nächste Sitzung des Ausschusses auch die Möglichkeiten zur Bildung eines derartigen Pools zusammenzustellen.

Der Vorsitzende hält fest, dass es bei der Besetzung von Personalstellen zwei Ansätze gibt:

- Kreistag setzt den Deckel – Ausgestaltung durch die Verwaltung
- oder
- analytische Betrachtung und politische Priorisierung durch den Kreistag, wenn die Verwaltung einen Personalmehrbedarf vorstellt, nachweist und begründet.

KR Gallasch verlangt eine saubere und grundsätzliche Klärung, wie mit genau dieser

Problemlage künftig umgegangen werden soll.

KR Bindig wendet sich gegen eine Vertagung des Themenblocks Heimaufsicht. Die Grundsatzfrage des Vorgehens bei Stellenentscheidungen dürfe gerne bei anderer Gelegenheit geklärt werden.

KRin Pfluger gibt zu bedenken, dass die Aufgaben der Heimaufsicht nicht von jedem Mitarbeiter der Landkreisverwaltung erfüllt werden können. Sie befürchtet, dass der von Herrn Dr. Föll geforderte Bericht über die festgestellten Mängel bei der anstehenden Entscheidung über die Personalressourcen nicht wirklich weiterhelfen werden wird.

Frau Meschenmoser macht darauf aufmerksam, dass die 0,3 Stellen für das Sozial- und Inklusionsamt freiwillige Leistungen betreffen, die halbe Stelle für die Heimaufsicht allerdings gesetzliche Verpflichtungen zum Gegenstand haben. Sie beschreibt den Unterschied zwischen freiwilligen und Pflichtaufgaben.

KR Engler bezeichnet das Projekt „Empowerment von Menschen mit geistiger Behinderung“ als sehr gutes Projekt. Deshalb habe die CDU-Fraktion den entsprechenden Stellenbedarf nicht hinterfragt. Die Personalressourcen der Heimaufsicht jedoch wolle die Fraktion nochmals auf den Prüfstand stellen.

Antrag zur Geschäftsordnung (von KR Restle):

Die Entscheidung über den Beschlussentwurf Nr. 2 (Heimaufsicht) wird vertagt. In der nächsten Sitzung des Verwaltungsausschusses soll Herr Dr. Föll über die aktuelle Situation bei der Heimaufsicht berichten.

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Beschlussentwurf:

Folgende Personalressourcen werden zur Verwendung im Haushaltsjahr 2017 freigegeben:

D III / Sozial- und Inklusionsamt

Lebenswegplaner im Projekt „Empowerment von

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen (bei 1 Enthaltung)

3 0182/2016

Annahme von Spenden

Beschlussentwurf:

Der Verwaltungsausschuss stimmt der Annahme und Vermittlung der Spenden zu.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Angelegenheiten des Verkehrsamtes

4 0009/2017

Beitritt des Landkreises Lindau zur Bodensee-Oberschwaben Verbundgesellschaft (bodo); Erhöhung des Stammkapitals

KR Krattenmacher lobt die Verwaltung für die deutlichen Fortschritte zur Verbesserung des ÖPNV.

Herr Löffler beantwortet die Fragen der KRe Krattenmacher und Dr. Brehm zum Beitritts-Termin und zu den prognostizierten Erlös-Situationen für die Landkreise sowie zur Erweiterung des Aufsichtsrats.

Beschlussentwurf:

Der Verwaltungsausschuss stimmt der Erweiterung der Bodensee-Oberschwaben Verbundgesellschaft mbH durch den Beitritt des Landkreises Lindau und der Erhöhung der Stammeinlage des Landkreises Ravensburg von 8.000 € auf 10.700 € zu.

Herr Landrat Harald Sievers wird ermächtigt, den oben genannten Maßnahmen in der Gesellschafterversammlung zuzustimmen.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Mitteilungsvorlagen

5 0008/2017

Sachstandsbericht ÖPNV/SPNV im Landkreis Ravensburg

Herr Löffler stellt den Sachstand der aktuellen ÖPNV- und SPNV-Projekte bzw. die Entwicklung von Rahmenbedingungen mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

KR Krattenmacher befürchtet, dass Großunternehmen die Region als „Jagdgebiet“ entdecken werden und möchte dafür Sorge tragen, die bestehende mittelständische Struktur der Verkehrsunternehmen zu bewahren und zu schützen. Diese Unternehmen müssten in den nächsten Jahren allerdings ihre verlässliche Partnerschaft auch unter Beweis stellen. Wer sich bei künftigen Ausschreibungen Chancen erhoffe, der müsse auch eine gute Qualität liefern.

Herr Brecht und Herr Löffler beantworten die Detailfragen der KRe Krattenmacher, Dr. Walz und Bindig zu den Themenbereichen

- Integration von Memmingen
- Verbundkooperationen
- Harmonisierung beim Radtransport
- Bodensee-Card
- Finanzierungsreform
- Zeitplan für die Umsetzung der Barrierefreiheit bei Haltestellen
- Weiterentwicklung BOB

KR Krattenmacher und Herr Brecht tauschen sich über die Entwicklung der Elektromobilität im Landkreis, über die Ladeinfrastruktur und die sonstigen Pläne zum Bedarfsverkehr aus.

KR Krattenmacher hält eine Strategie für die Elektromobilität im Landkreis für sehr

wichtig. Einheitliche konzeptionelle Vorgaben seien dringend vonnöten.

Der Vorsitzende differenziert zwischen Elektromobilität und Bedarfsverkehr. Bezüglich der Elektromobilität nehme er durchaus Koordinierungsbemühungen wahr, beispielsweise im LEADER-Kontext. Er schildert die Probleme im Bodenseekreis in Zusammenhang mit der Bodensee-Card. Die Initiierung zur Einführung einer vergleichbaren Karte im Landkreis Ravensburg müsse von den Städten und Gemeinden ausgehen. Der Landkreis werde den Kommunen nichts aufzwingen. Sollten allerdings Städte und Gemeinden initiativ werden wollen, werde das Landratsamt dies gerne begleiten. Frau Meschenmoser werde das Thema mit in die Oberschwaben Tourismus GmbH (OTG) nehmen.

KR Restle fordert eine Koordinationsstelle beim Landratsamt.

Der Vorsitzende kündigt an, dass Herr Brecht die Bürgermeisterämter anschreiben und das Interesse an einer Informationsveranstaltung zur „Bodensee-Card“ im ersten Halbjahr 2017 abfragen werde.

Herr Brecht wirft ein, dass über die OTG bereits mehrfach über dieses Thema informiert worden sei.

KRin Dr. Brehm bittet darum, bei allen strategischen Überlegungen im Fokus zu behalten, dass Radfahrer und Rollstuhlfahrer nicht gegenseitig in Konkurrenz treten dürfen.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

6 0013/2017

**Flächen- und Standortkonzept Landratsamt in Ravensburg und Weingarten;
Status und weiteres Vorgehen**

Herr Baur stellt das Flächen- und Standortkonzept mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

Der Vorsitzende informiert über die Einrichtung einer Projektgruppe (Herr Meßmer und

Herr Riesch).

KR Dr. Rapp lobt die heutige Darstellung (im Gegensatz zur Vorstellung des Gutachtens im November 2016). Vor der Konzeptionierung der räumlichen Unterbringung müsse allerdings feststehen, dass die neue Organisationsstruktur mit den veränderten Dezernatszuordnungen abgeschlossen ist. Wichtig sei auch, nur wenige Ziele zu definieren und sich nicht im Formulieren von Vorgaben zu verzetteln. So könne man sich beschränken auf:

- Verbesserung für die Kunden,
- Verbesserung für die Mitarbeiter,
- mehr Wirtschaftlichkeit.

KRin Pfluger wünscht sich eindeutige und beständige Begrifflichkeiten und erkundigt sich, wer die Lebenszyklusbetrachtung für die Liegenschaften erstellt.

Herr Baur teilt mit, dass diese Leistung extern vergeben werden müsse. Er erklärt die betrieblichen und baulichen Handlungsfelder und sichert zu, eine Art Katalog zu den einzelnen Begrifflichkeiten zu erstellen. In der nächsten Sitzung werde der Ausschuss einen genauen Verfahrensablauf incl. Angaben über die externen Vergaben erhalten.

KR Immler gibt zu bedenken, dass bei allem Wunschdenken der Blick in den Geldbeutel nicht vergessen werden darf. Er bittet darum, den Gesamtzusammenhang des Haushalts im Auge zu behalten und unnötige Planungsausgaben zu vermeiden.

KR Engler befürchtet, dass die Substanz der bestehenden Gebäude für die Flächenplanungen nicht flexibel genug sein könnte. Er erwartet die Vorlage eines Stufenplans für die Umsetzung der anstehenden Maßnahmen. Außerdem müsse man auch an provisorische bzw. zeitweilige Ausweichflächen für die Mitarbeiter denken.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

7 0017/2017

Erweiterung Regionaler Kompensationspool Bodensee-Oberschwaben GmbH

KRin Dr. Brehm fragt nach konkreten Beispielen, wie der Landkreis Ravensburg durch

eigene Maßnahmen Ökopunkte generieren möchte.

Herr Sieger stellt einen entsprechenden Bericht in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik in Aussicht.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

8 0002/2017

Haushaltsvollzug 2016 - Finanzbericht zum 31.12.2016

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage, insbesondere auf die Ausführungen auf Seite 3 zur Abrechnung der Kosten der vorläufigen Unterbringung von Asylbewerbern mit dem Land Baden-Württemberg. Diese Thematik sei auch bereits im Sozialausschuss eingehend diskutiert worden. Er sagt zu, weiter „an dieser Front zu kämpfen“.

Auf Nachfrage von KRin Pfluger bestätigt Herr Baur, dass die Folgen für die Landkreise unterschiedlich hart ausfallen werden. Viele Landkreise, die sich bislang willig und fleißig bei der Aufnahme von Flüchtlingen gezeigt hätten, würde es jetzt hart treffen. Einige wenige, die sich eher gedrückt hätten, müssten nun weniger leiden. „Wer wenig gebaut hat, muss jetzt auch weniger unterhalten!“

Es folgen Wortmeldungen der KRe Dr. Rapp, Bindig und Engler zu diesem Thema.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Anträge gem. § 29 I 4 LKrO

9 0235/2016

Stellenplan und Personalhaushalt - Antrag der SPD-Fraktion v. 12.12.2016

Der Vorsitzende informiert, dass der Antrag nicht fristgerecht vor der Sitzung des Kreistags am 14.12.2016 vorgelegt wurde und daher erst heute eingebracht wird.

KR Bindig begründet den Antrag. Die Verwaltung bringe immer öfters vor, dass die eine oder andere (Pflicht-)Aufgabe wegen fehlender Personalressourcen nicht erfüllt werden könne. Er bittet im Interesse der betroffenen Mitarbeiter und zugunsten der jeweiligen Aufgaben um eine realistische Darstellung, in welchen Bereichen es zu wirklichen Engpässen kommen könnte bzw. bereits gekommen sei. Ggf. werde er selbst die notwendigen Recherchen betreiben.

Herr Simon wendet ein, dass eine derartige Aufgabenbeschreibung / Personalbemessung eine Mammutaufgabe darstelle und die Kapazitäten der Verwaltung deutlich überfordere. Die Kreisräte dürften allerdings weiterhin darauf vertrauen, dass die Verwaltung auf das politische Gremium zukomme, sobald sich abzeichne, dass es an einer Stelle „brennt“.

KR Gallasch hat dieses Vertrauen. Er geht davon aus, dass die Verwaltung die Prioritäten selbst festlegen kann.

KR Immler sucht einen Mittelweg. Eine absolute Gerechtigkeit könne nur mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand erreicht werden.

Die KRe Restle und Dr. Rapp halten den Antrag der SPD-Fraktion für unnötig.

KR Bindig stellt klar, dass er keine Analyse sämtlicher Tätigkeitsfelder im Landratsamt beabsichtige, sondern lediglich die Darstellung von etwa 3 wesentlichen Bereichen. Er habe das Gefühl, dass die Kreisräte zu wenig Signale erhalten, wo die kritischen Zonen entstehen.

KR A. Müller befürchtet eine Mehrbelastung gerade für die Mitarbeiter, die ohnehin bereits überlastet seien.

KR Smigoc wendet ein, dass die Verwaltung bislang doch auf die kritischen Arbeitsfelder hingewiesen habe.

Der Vorsitzende fragt, ob der Antrag mittels Antrag zur Geschäftsordnung in die nächste Sitzung des Verwaltungsausschusses verwiesen werden soll (dann mit Verwaltungsvorlage) oder ob bereits heute eine Abstimmung in der Sache erfolgen solle.

KR Bindig teilt mit, dass mit der heutigen Debatte der Sinn der Antragstellung erreicht worden sei und **erklärt den Antrag damit für erledigt**.

10 0234/2016

Virtuelles Kundenservicezentrum - Antrag der CDU und FDP v. 13.12.2016

KR Gallasch begründet den Antrag „Virtuelles Kundenservicezentrum“.

Der Vorsitzende fragt, ob der Antrag mittels Antrag zur Geschäftsordnung in die nächste Sitzung des Verwaltungsausschusses verwiesen werden soll (dann mit Verwaltungsvorlage) oder ob bereits heute eine Abstimmung in der Sache erfolgen solle.

Antrag zur Geschäftsordnung von KR Gallasch:

Der Antrag wird zur weiteren Bearbeitung in die nächste Sitzung des Verwaltungsausschusses verwiesen.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen (bei 2 Enthaltungen)

11 0231/2016

Jobticket für Mitarbeiter des Landratsamtes Ravensburg im bodo-Verkehrsverbund - Antrag der Fraktion Bündnis 90/die Grünen

Die KRinnen Pfluger und Dr. Brehm hinterfragen das derzeitige Verfahren und die Zeitschiene bei der Bearbeitung von Anträgen.

KR Bindig schlägt vor, dass Anträge, die zur Haushaltssitzung gestellt werden, auch in dieser behandelt werden.

Der Vorsitzende erläutert nochmals das korrekte Procedere bei Antragsstellungen. Anschließend fragt er nach Wortmeldungen zur Einbringung des Antrags „Jobticket“.

KR Krattenmacher legt Wert darauf, die mögliche Einführung eines Jobtickets mit einer Rücknahme-Option zu verbinden und damit eine etwaige Anspruchsbildung nach eini-

gen Jahren zu verhindern.

KR Dr. Rapp verweist auf die steuerlichen Aspekte.

Der Vorsitzende fragt, ob der Antrag mittels Antrag zur Geschäftsordnung in die nächste Sitzung des Verwaltungsausschusses verwiesen werden soll (dann mit Verwaltungsvorlage) oder ob bereits heute eine Abstimmung in der Sache erfolgen solle.

Antrag zur Geschäftsordnung von KRin Pfluger:

Der Antrag wird zur weiteren Bearbeitung in die nächste Sitzung des Verwaltungsausschusses verwiesen.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

12 0230/2016

ZugNahverkehr in der Region Bodensee-Oberschwaben bis Ulm - Antrag der Fraktion Die Grünen/Bündnis 90

Antrag zur Geschäftsordnung von KRin Pfluger:

Der Antrag wird zur weiteren Bearbeitung in die nächste Sitzung des Verwaltungsausschusses verwiesen.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Anfragen gem. § 29 I 4 LKrO

12 0026/2017

.1 Anwendung des Landestariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge des Landkreises Ravensburg – Antrag der SPD-Fraktion vom 03.02.2017

KR Bindig dankt für die Stellungnahme des Dezernats 2. Leider ende das Kontrollverfahren mit der Vorlage der Bescheinigungen. Der Verzicht auf weitere Überprüfungen

entspreche einer gewissen Blauäugigkeit hinsichtlich der Wirksamkeit. Seiner Meinung nach verdichtet sich das Prüfungsrecht in diesem Zusammenhang zu einer Prüfungspflicht. Im Ergebnis komme das Landratsamt hier einer wichtigen Pflicht nicht nach. Er werde sich daher an die Zollverwaltung wenden, um aufzuklären, ob Aufträge des Landratsamtes von dort aus kontrolliert werden. In Abhängigkeit dieser Antwort wolle er sich vorbehalten, aus der heutigen Anfrage einen Antrag zu formulieren.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

13 Mitteilungen und Anfragen

Es liegen keine Anfragen oder Bekanntgaben vor.

Verwaltungsausschuss am 02.03.2017:

Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse

Angelegenheiten des Personalservices

14. 0015/2017

Beförderungen im Jahr 2017

Nichtöffentliche Daten, die nicht bekanntgegeben werden

Angelegenheiten der Finanzverwaltung

15. 0016/2017

Gebührensatzung des Landkreises Ravensburg

Beschlussentwurf:

Die Gebührensatzung des Landkreises wird beschlossen.

Beratungsergebnis: einstimmig empfohlen

16. 0229/2016

**Oberschwaben Tourismus GmbH (OTG) - Betrauung mit Dienstleistungen von
allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI)**

Beschlussentwurf:

Der Landkreis Ravensburg betraut die Oberschwaben Tourismus GmbH (OTG) mit der Durchführung der im beigefügten Betrauungsakt (Anlage 1) näher definierten Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) im Bereich der Tourismusförderung und des Regionsmarketings. Der Betrauungsakt für die Internationale Bodensee Tourismus GmbH (IBT) (Anlage 2) ist integraler Bestandteil des Betrauungsaktes für die OTG. Durch die Betrauung der OTG betrauen die Gesellschafter der OTG damit zugleich auch die IBT.

Beratungsergebnis: einstimmig empfohlen

Angelegenheiten des Eigenbetriebs IKP

17. 0004/2017

Verkauf Immobilie: Unterkunft für Asylbewerber in Aitrach, Neue-Welt-Straße 103

Beschlussentwurf:

Das Gebäude in Aitrach, Neue-Welt-Str. 103, wird zu einem Kaufpreis von xxxxxxxx €* an die Gemeinde Aitrach verkauft.

Beratungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

**Nichtöffentliche Daten, die nicht bekanntgegeben werden*

Z. B.

Vorsitzender

Landrat Harald Sievers

Stellvertr. Vorsitz

entfällt

Schriftführerin

Eva Weeber

Kreisräte

Volker Restle

Rainer Magenreuter